



## Aktuelle Informationen aus Brüssel

**Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU**

**Nr. 06/09 vom 26.06.2009**

<b>I.</b>	<b>Aus den Fachbereichen.....</b>	<b>2</b>
1.	Stockholmer Programm: Leitlinien der Kommission für die Innen- und Justizpolitik ..	2
2.	Justiz .....	3
2.1.	Rat: Verordnungen hinsichtlich (sektorspezifischer) bilateraler Abkommen.....	3
2.2.	Rat: Fortschrittsberichte im Bereich E-Justiz und Videokonferenztechnik .....	3
2.3.	Rat: Gemeinsamer Referenzrahmen für ein europäisches Vertragsrecht.....	4
2.4.	Rat: Gemeinschaftspatent und einheitliches Patentgerichtssystem .....	4
2.5.	EuGH- Urteile zur Verordnung über die Gemeinschaftsmarke.....	4
3.	Polizei und Katastrophenschutz .....	4
3.1.	Jl-Rat verabschiedet umfangreiche A-Punkte-Liste .....	4
3.2.	EuGH erklärt erneut VO zum Einfrieren von Geldern im Einzelfall für nichtig .....	5
3.3.	EU Amtsblatt: Aktualisierung der EU-Terrorliste.....	5
3.4.	Berichte des Koordinators für Terrorismusbekämpfung .....	5
3.5.	Rahmen für die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen.....	6
3.6.	RAT: Schlussfolgerung zur weiteren Entwicklung von SIS II.....	6
3.7.	Europäischer Haftbefehl: Abschlussbericht zur vierten Evaluierungsrunde .....	6
3.8.	RAT: Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Katastrophen .....	6
4.	Inneres.....	6
4.1.	Blue Card-Richtlinie in Kraft.....	6
4.2.	Urteil des EuGH zur interkommunalen Zusammenarbeit: „Stadtreinigung Hamburg“	7
4.3.	Illegale Einwanderung im Mittelmeerraum.....	7
5.	Wirtschaft.....	7
5.1.	Bericht über die öffentlichen Finanzen 2009 .....	7
5.2.	Neue Förderung: ONLINE Dienste für Verwaltungsdienstleistungen .....	8
6.	Verkehr .....	8
6.1.	EU-Strategie für Ostseeraum .....	8
6.2.	Neue Konsultation: Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr .....	8
6.3.	Verkehrsministerrat tagten am 11. Juni 2009.....	9
6.4.	Rat erreicht politische Einigung zu Güterverkehrskorridoren .....	9
6.5.	Rat beschließt Schlussfolgerungen zum TEN- V- Grünbuch.....	9
7.	Energie .....	9
7.1.	Staaten des Ostseeraums einigen sich auf Verbundplan für baltischen Energiemarkt .....	9
7.2.	Kommissionsstudie: Europas Ziel für erneuerbare Energien schafft Arbeitsplätze ..	10
7.3.	Emissionshandel: Öffentliche Anhörung gestartet.....	10
8.	Forschung.....	10

8.1.	Neue Best- Practise- Beispiele veröffentlicht.....	10
8.2.	Neues Portal für Gesundheitsforschung.....	10
8.3.	KOWI Bundestagung zu EU- Forschungsförderung.....	11
9.	Sport.....	11
9.1.	EU-Förderung für transnationale Projekte.....	11
II.	Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU.....	11
1.1.	Werkstatt-Gespräch zur Zukunft der Regionalpolitik nach 2013.....	11
1.2.	Arbeits- und Informationsbesuch von Abteilungs- und Referatsleitern aus dem Ministerium des Innern in Brüssel.....	12
1.3.	Innovative Projekte in Brandenburg von der EU-KOM gewürdigt.....	13

## I. Aus den Fachbereichen

### 1. Stockholmer Programm: Leitlinien der Kommission für die Innen- und Justizpolitik

Die Kommission hat am 10. Juni 2009 zwei Mitteilungen vorgelegt, in denen die Arbeit im Bereich Justiz und Inneres der letzten Jahre evaluiert (KOM (2009) 263 endg.) und die Prioritäten für den Zeitraum von 2010 bis 2015 festgelegt werden (KOM (2009) 262 endg.). Die zweite Mitteilung dient der Vorbereitung für das Stockholmer Programm (benannt nach dem geplanten Ort der Veröffentlichung), dem neuen Mehrjahresprogramm für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, welches das Haager Programm Ende des Jahres ablösen soll. Die Mitteilung enthält eine Vielzahl konkreter Vorschläge, u.a.

- zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten:
  - Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention
  - Schaffung eines lückenlosen Datenschutzes in der EU
  - Einführung eines europäischen Prüfsiegels für datenschutzfreundliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen
- zum Ausbau des europäischen Rechtsraums:
  - Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Rechtstiteln und Rechtsakten
  - Abschaffung des Exequaturverfahrens (Zwischenverfahren) bei der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in anderen Mitgliedstaaten
  - Angleichung des materiellen Strafrechts hinsichtlich bestimmter schwerer, grenzüberschreitender Straftaten
- zur neuen Strategie für die Innere Sicherheit:
  - insbes. Betonung/Stärkung einer zentralen Rolle von Europol
  - Schaffung einer „Informationssystemarchitektur“, die die Interoperabilität der bestehenden oder künftigen europäischen Systeme gewährleisten soll
  - verstärkte Bekämpfung der Radikalisierung in gefährdeten Milieus sowie der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken
  - Intensivierung der Forschungsanstrengungen im Bereich der Sicherheitstechnik
- zur Weiterentwicklung einer Gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik:
  - Festlegung einer flexiblen, mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vereinbare Migrationspolitik; Förderung der Integration; Bekämpfung der illegalen Migration
  - Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Das Stockholmer Programm wird erst mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in seiner Sitzung am 10./11. Dezember 2009 und dem darauf aufbauenden Arbeitsprogramm (angekündigt für das erste Quartal 2010) endgültig Gestalt annehmen. Die schwedische Regierung hat bekannt gegeben, die informelle Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (JI-Rat) vom 15. bis 17. Juli 2009 völlig dem Stockholmer Programm widmen zu wollen.

KOM-Mitteilungen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0263:FIN:DE:PDF> (Evaluierung Haager Programm)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0262:FIN:DE:PDF> (Stockholmer Programm)

Pressemitteilungen

der

KOM:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/894&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> und [http://ec.europa.eu/news/justice/090610\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/justice/090610_de.htm)

The priorities of the Swedish Presidency for the Justice and Home Affairs Council:  
[http://www.se2009.eu/polopoly\\_fs/1.5783!menu/standard/file/ju\\_ordfbroschyr\\_eng\\_webb.pdf](http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.5783!menu/standard/file/ju_ordfbroschyr_eng_webb.pdf)  
(Svea Bernhöft)

## 2. Justiz

### 2.1. Rat: Verordnungen hinsichtlich (sektorspezifischer) bilateraler Abkommen

Auf der Tagesordnung des JI-Rates am 4./5. Juni 2009 standen zwei Verordnungsvorschläge zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss (sektorspezifischer) bilateraler Abkommen zwischen MS und Drittstaaten in Bezug auf

1. vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse sowie
2. Fragen des Familienrechts (Ehe- und Unterhaltssachen, elterliche Verantwortung).

Zu 1. unterrichtete der Vorsitz den JI-Rat über das Abstimmungsergebnis des EP, welches den Vorschlag in der Form des zuvor ausgehandelten Kompromisstextes angenommen hatte (Einigung in erster Lesung). Zu 2. erfolgte eine politische Einigung auf der Grundlage des Dok. 10251/09.

Beide Verordnungsvorschläge haben zum Ziel, die MS – sachlich und zeitlich begrenzt - zu bevollmächtigen, vorhandene Abkommen mit Drittstaaten nachzubessern oder neue Abkommen auszuhandeln bzw. zu schließen, obwohl diese in die ausschließliche Zuständigkeit der EG fallen. Damit haben die Vorschläge über die hier konkret angesprochenen Themengebiete hinaus auch grundsätzliche Bedeutung für die Frage, wie die Gemeinschaft und die MS künftig die Beziehungen zu Drittstaaten im JI-Bereich gestalten wollen. Nach sprachlicher Überarbeitung können beide Verordnungen nunmehr in einer späteren Ratssitzung formell als A-Punkt (d.h. ohne weitere Aussprache) angenommen werden.

zu 1: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10250.de09.pdf> und <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st05/st05147.de09.pdf>

zu 2: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st05/st05146.de09.pdf>  
(Svea Bernhöft)

### 2.2. Rat: Fortschrittsberichte im Bereich E-Justiz und Videokonferenztechnik

Der JI-Rat nahm in seiner Sitzung am 4./5. Juni 2009 die Fortschrittsberichte im Bereich E-Justiz und Videokonferenztechnik zustimmend zur Kenntnis: Mithilfe moderner Informationstechnologien sollen der Zugang zu Informationen im Justizbereich erleichtert, papierlose grenzüberschreitende Verfahren ermöglicht und die Kommunikation zwischen den Justizbehörden der MS gefördert werden um Verfahrensfristen zu verkürzen, Verwaltungskosten zu reduzieren und den Zugang zur Justiz für Bürger, Unternehmen, Angehörige der Rechtsberufe und Justizverwaltung zu erleichtern. Dabei soll sich E-Justiz auf europäische Verfahren mit grenzüberschreitendem Charakter in den Bereichen Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht erstrecken. Das europäische E-Justiz-System verknüpft die nationalen Systeme, so dass gemeinsame Formate, einheitliche Standards und technische Normen festgelegt werden müssen, um die Kompatibilität sicherzustellen. Die Eröffnung des europäischen Justiz-Portals ist für den 14. Dezember 2009 vorgesehen (in 22 Sprachen), so dass im September die erforderlichen Datensätze im Datenzentrum in Luxemburg vorliegen müssen.

(Svea Bernhöft)

### **2.3. Rat: Gemeinsamer Referenzrahmen für ein europäisches Vertragsrecht**

Am 4./5. Juni 2009 billigte der JI- Rat die Annahme der Schlussfolgerungen hinsichtlich des Gemeinsamen Referenzrahmens für ein europäisches Vertragsrecht auf der Grundlage des Dok. 9741/09 (Sachstandsbericht des Ausschusses für Zivilrecht (Vertragsrecht) v. 15. Mai).

Der Gemeinsame Referenzrahmen soll als Orientierungs- und Formulierungshilfe für die künftige europäische Gesetzgebung mit Blick auf Grundprinzipien, Definitionen und Musterregelungen fungieren und damit zur Verbesserung der Qualität und Kohärenz des Gemeinschaftsrechts im Bereich des Vertragsrechts beitragen.

(Svea Bernhöft)

### **2.4. Rat: Gemeinschaftspatent und einheitliches Patentgerichtssystem**

Der Wettbewerbsfähigkeits-Rat hat am 28./29. Mai 2009 den Sachstandsbericht der Präsidentschaft zu den Verhandlungen über die Einführung eines Gemeinschaftspatents und eines einheitlichen Patentgerichtssystems für Gemeinschafts- und europäische Patente zur Kenntnis genommen. Es bestand Einigkeit darüber, dass der EuGH um ein Gutachten zu der Frage gebeten werden soll, ob der Entwurf eines Abkommens über ein einheitliches Gerichtssystem mit dem EG-Vertrag vereinbar ist. Insoweit wurde zunächst der JD des Rates um Vorbereitung der Gutachtenanfrage gebeten; diese soll dann alsbald dem Rat zur Billigung vorgelegt werden.

Sachstandsbericht: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09668.de09.pdf>

Empfehlungen der KOM vom 30. März 2009:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/indprop/docs/patent/recommendation\\_sec09-330\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/recommendation_sec09-330_de.pdf)

(Svea Bernhöft)

### **2.5. EuGH- Urteile zur Verordnung über die Gemeinschaftsmarke**

Am 11. Juni 2009 sind zwei EuGH-Urteile zur Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates vom 20. Dezember 1993 über die Gemeinschaftsmarke verkündet worden.

1. In dem Verfahren C-529/07 hat der EuGH entschieden, dass bei der Beurteilung der Frage, ob der Anmelder i.S.v. Art. 51 Abs. 1 Buchst. b dieser Verordnung bösgläubig ist, das nationale Gericht gehalten ist, alle erheblichen Faktoren zu berücksichtigen, insbes. ob der Anmelder wusste oder wissen musste, dass ein Dritter ein gleiches oder ähnliches Zeichen für eine gleiche oder verwechselbar ähnliche Ware verwendet, und die Absicht hatte, den Dritten an der weiteren Verwendung des Zeichens zu hindern, sowie den Grad des rechtlichen Schutzes des Zeichens des Dritten und das angemeldeten Zeichens.
2. In den verbundenen Rechtssachen T-114/07 und T-115/07 hat der EuGH entscheiden, dass der Inhaber einer nicht eingetragenen nationalen Marke die Nichtigerklärung einer jüngeren Gemeinschaftsmarke erwirken kann, wenn ihm nach dem nationalen Recht (hier des Vereinigten Königreichs) seine nicht eingetragene Marke die Befugnis verleiht, die Benutzung einer solchen jüngeren Marke zu untersagen.

Urteil in der Rechtssache C-529/07: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>

Presseerklärung zum Urteil in den Rechtssachen T-114/07 und T-115/07:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-06/cp090051de.pdf>

(Svea Bernhöft)

## **3. Polizei und Katastrophenschutz**

### **3.1. JI-Rat verabschiedet umfangreiche A-Punkte-Liste**

Am 4./5. Juni 2009 hat der JI-Rat auch zahlreiche A-Punkte verabschiedet, so u.a. zu folgenden Themen bzw. Themenfeldern:

- Jahresberichte 2008: Europol, Eurojust, Europäisches Netz für Kriminalprävention (ENKP)
- EU-Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus
- EU-Prioritäten für die OK-Bekämpfung (OCTA 2009)
- Konzept für die Schengen-Bewertung
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Katastrophenschutz.

Der nächste JI-Rat ist voraussichtlich am 21./22. September 2009.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/108356.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/108356.pdf) (englisch)

A-Punkte-Liste: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10493.de09.pdf>

### **3.2. EuGH erklärt erneut VO zum Einfrieren von Geldern im Einzelfall für nichtig**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11. Juni 2009 (T-318/01) erneut die Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates vom 27. Mai 2002 für nichtig erklärt, soweit damit die Gelder des Rechtsmittelführers Othman eingefroren wurden. Wie schon im Fall Kadi (siehe Monatsbericht vom 26. September 2008) wurde der jordanische Staatsangehörige Othman, der seit 1993 im Vereinigten Königreich lebt, vom Sanktionsausschuss des Sicherheitsrats der VN als eine mit Osama Bin Laden, Al-Quaida und den Taliban verbündete Person bezeichnet, so dass dessen Gelder und sonstigen Vermögenswerte eingefroren wurden. Das Gericht erklärte die Verordnung für nichtig, weil diese unter Verstoß gegen die Grundrechte, insbes. die Rechte auf Verteidigung, effektive gerichtliche Kontrolle und Eigentum, erlassen worden war. Der Rat hat bis zur Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidung (Ablauf der Rechtsmittelfrist oder Zurückweisung eines Rechtsmittels) die Möglichkeit, die festgestellten Verstöße zu heilen, indem er ggf. eine neue restriktive Maßnahme gegenüber Herrn Othman erlässt.

Urteil: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-318/01>  
(Svea Bernhöft)

### **3.3. EU Amtsblatt: Aktualisierung der EU-Terrorliste**

Am 16. Juni 2009 wurde die aktualisierte sog. EU-Terrorliste veröffentlicht. Die Liste, welche Bestandteil der Verordnung (EG) Nr. 501/2009 des Rates zur Durchführung von Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2009 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ist, wird regelmäßig angepasst, um Änderungen der konsolidierten Liste des Sanktionsausschusses, des Organs des Sicherheitsrats Rechnung zu tragen. Die Auflistung hat zur Folge, dass alle Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Vereinigungen und Körperschaften eingefroren werden und ihnen weder direkt noch indirekt zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Verordnung (EG) Nr. 501/2009 des Rates vom 15. Juli 2009:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:151:0014:0016:DE:PDF>

Mitteilung des Rates (2009/C 136/11) an die Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die in der Liste aufgeführt sind:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:136:0035:0036:DE:PDF>

(Svea Bernhöft)

### **3.4. Berichte des Koordinators für Terrorismusbekämpfung**

In dem halbjährlichen Bericht des Koordinators zur Bekämpfung des Terrorismus (<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09715-re01.de09.pdf>) werden die seit Dezember 2008 erzielten Fortschritte auf den vier Arbeitsfeldern zur Terrorismusbekämpfung aufgezeigt.

In einem weiteren Arbeitspapier (<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09717.de09.pdf>) werden Prioritäten für das weitere Vorgehen gesetzt. Dabei begrüßt der Koordinator die Fortschritte des unter deutscher Federführung stehenden Projektes „Check the web“ und hält an einer Weiterentwicklung fest. Insgesamt zeigt sich der Koordinator, trotz in letzter Zeit ausbleibender Anschläge in Europa,

besorgt über die zunehmende Bereitschaft von Europäern sich in sogenannten Terrorcamps ausbilden zu lassen.

(Stefan Pohl)

### **3.5. Rahmen für die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen**

In einer gemeinsamen Erklärung der EU und der USA vom 15.06.09 wurden die Rahmenbedingungen zur Aufnahme von Häftlingen aus dem Gefangenenlager Guantanamo festgelegt. Unter Berücksichtigung von Rahmenkriterien bleibt es den Mitgliedsstaaten überlassen ob und unter welchen Bedingungen Häftlinge aufgenommen werden. Entsprechend der unterschiedlichen Bereitschaft der Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von Häftlingen, in deren Folge für diese nach dem Schengenabkommen Freizügigkeit im gesamten Schengen-Raum gilt, wurde auf dem JI-Rat ein Rahmenbeschluss zum Austausch von Informationen über die Häftlinge gefasst. Durch diesen Mechanismus wird die Übermittlung sicherheitsrelevanter Informationen sichergestellt.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=382&lang=de>

(Stefan Pohl)

### **3.6. RAT: Schlussfolgerung zur weiteren Entwicklung von SIS II**

Wegen der weiterhin bestehenden Probleme bei der technischen Umsetzung des SIS II ist nunmehr vorgesehen zwei weitere SIS II-Tests durchzuführen. Bei Scheitern eines der beiden Tests soll es automatisch zu einem Stopp des gegenwärtigen SIS II-Konzeptes kommen und ein Wechsel zu SIS I-R erfolgen. Auf dieses Alternativszenario wurde insbesondere durch Deutschland und Österreich hingewirkt, die mit deutlichen Worten ernsthafte Zweifel an der Entwicklung von SIS II äußerten und deshalb eine klare Folge bei Scheitern der Tests einforderten.

Mit der Notfalllösung des SIS I-R als Aufrüstung zu SIS I könnten die in SIS II vorgesehenen Funktionen zum Austausch biometrischer Daten wie Fingerabdrücke und digital gespeicherte Passbilder ebenfalls etabliert werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/jha/108297.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/108297.pdf) (englisch)

(Stefan Pohl)

### **3.7. Europäischer Haftbefehl: Abschlussbericht zur vierten Evaluierungsrunde**

In dem vom JI-Rat gebilligten Abschlussbericht zum Europäischen Haftbefehl werden bestehende Mängel bei der Anwendung aufgezeigt. Danach wird in einigen Mitgliedsstaaten das Verhältnismäßigkeitsprinzip nur unzulänglich beachtet, so dass es zu Auslieferungen in Bagatellsachen kommt, die finanzielle und personelle Ressourcen binden. Ein Vergleich der durchschnittlichen Dauer eines Auslieferungsverfahrens von früher zwei Jahren, auf jetzt 47 Tagen stimmt dennoch insgesamt positiv.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08302-re04.de09.pdf>

(Stefan Pohl)

### **3.8. RAT: Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Katastrophen**

Der JI Rat nahm zwei Mitteilungen der Kommission vom 23.02.09 zur Katastrophenprävention zur Kenntnis. Die Mitteilungen wurden im Monatsbericht 02/09 thematisiert.

(Stefan Pohl)

## **4. Inneres**

### **4.1. Blue Card-Richtlinie in Kraft**

Die Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung ist



am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der EU (18.06.2009) in Kraft getreten. Die Richtlinie ist nunmehr binnen zwei Jahren in nationalstaatliches Recht umzusetzen.  
(Roland Stevener)

#### **4.2. Urteil des EuGH zur interkommunalen Zusammenarbeit: „Stadtreinigung Hamburg“**

In einem Grundsatzurteil vom 9. Juni 2009 hat der EuGH die Klage der EU-Kommission in der Rechtssache C-480/06 („Stadtreinigung Hamburg“) aus dem Jahre 2006 zurückgewiesen. Gegenstand des Verfahrens war ein Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit von vier nordniedersächsischen Landkreisen mit der Stadtreinigung Hamburg im Bereich der Abfallentsorgung. Der Dienstleistungsauftrag über die thermische Behandlung von Abfall aus Niedersachsen in einer Hamburger Müllverwertungsanlage wurde von den vier Landkreisen ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens und ohne europaweite Ausschreibung direkt mit der Stadtreinigung Hamburg abgeschlossen, was aber nach Auffassung der Kommission erforderlich gewesen wäre. Entgegen den Schlussanträgen von Generalanwalt Mazák hat der EuGH (Große Kammer) nunmehr in erfreulich deutlicher Weise festgestellt, dass es für die gemeinsame kommunale Aufgabenerfüllung keiner Ausschreibung bedarf. Zur Begründung führt der EuGH aus: „Jedoch ist festzustellen, dass zum einen das Gemeinschaftsrecht den öffentlichen Stellen für die gemeinsame Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben keine spezielle Rechtsform vorschreibt. Zum anderen kann eine solche Zusammenarbeit öffentlicher Stellen das Hauptziel der Gemeinschaftsvorschriften über das öffentliche Auftragswesen – einen freien Dienstleistungsverkehr und die Eröffnung eines unverfälschten Wettbewerbs in allen Mitgliedstaaten – nicht in Frage stellen, solange die Umsetzung dieser Zusammenarbeit nur durch Überlegungen und Erfordernisse bestimmt wird, die mit der Verfolgung von im öffentlichen Interesse liegenden Zielen zusammenhängen.“

Der EuGH hat damit anhaltenden Bemühungen der Kommission eine eindeutige Abfuhr erteilt, durch eine extensive Auslegung und Anwendung des EU-Vergaberechts die kommunale Organisationshoheit immer weiter einzuschränken und damit die kommunale Selbstverwaltung insgesamt auszuhöhlen. Das Urteil kann unter dem folgenden Link abgerufen werden:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (bitte Aktenzeichen C-480/06 eingeben).

(Roland Stevener)

#### **4.3. Illegale Einwanderung im Mittelmeerraum**

Die Staats- und Regierungschefs haben auf dem Europäischen Rat am 18./19. Juni 2009 in Brüssel den Rat und das Europäische Parlament nachdrücklich aufgefordert, zu einer Einigung zu gelangen, damit die Europäische Asylunterstützungsagentur zügig eingerichtet werden kann. Der Europäische Rat unterstreicht ferner die Notwendigkeit verstärkter, koordinierter Grenzkontrolleneinsätze, klarer Einsatzregeln für gemeinsame Patrouillen und die Ausschiffung geretteter Personen sowie der vermehrten Durchführung von Sammelflügen zum Zwecke der Rückführung. Die Ratschlussfolgerungen können abgerufen werden unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf)

(Roland Stevener)

### **5. Wirtschaft**

#### **5.1. Bericht über die öffentlichen Finanzen 2009**

In der schwersten Rezession seit Ende des 2. Weltkriegs lassen die steigenden öffentlichen Schuldenstände, die Ausgaben und die Abschwächung des Potenzialwachstums die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen fraglich erscheinen. Um dem entgegenzuwirken, ist laut dem Bericht über die öffentlichen Finanzen 2009 eine Rückzugsstrategie notwendig: die Konjunkturimpulse der EU waren erfolgreich, der Gesamterfolg hängt aber von einer glaubwürdigen Rückzugsstrategie ab, die den haushaltspolitischen Rahmen stärkt, die

alterungsbedingten Ausgaben reformiert und Aufschluss darüber gibt, welche Konsolidierungsmaßnahmen im Großen und Ganzen getroffen werden sollen, wenn sich die Wirtschaft wieder erholt. Die Pressemitteilung findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/982&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> Der Bericht findet sich unter:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article15380\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article15380_en.htm)

(Emilie Gaub)

## **5.2. Neue Förderung: ONLINE Dienste für Verwaltungsdienstleistungen**

Die Europäische Kommission wird ein Projekt mitfinanzieren, das die öffentlichen Verwaltungen dabei unterstützen soll, Online-Dienste für den Dienstleistungssektor zu verbessern. Das Projekt wurde von Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Österreich und Polen initiiert und soll die Qualität der elektronischen Verfahren weiter erhöhen. Dazu wird bis Ende 2009 jeder EU-Mitgliedstaat eine zentrale Anlaufstelle einrichten, bei der die Unternehmen Verwaltungsangelegenheiten elektronisch erledigen können. Die Pressemitteilung findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/967&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Ulrike Kieper)

## **6. Verkehr**

### **6.1. EU-Strategie für Ostseeraum**

Die Europäische Kommission legte am 10. Juni ihre Strategie für den Ostseeraum vor. Damit sollen erkannte Missstände behoben werden, z. B. die Verschlechterung des Zustands der Ostsee, schlechte Verkehrsanbindungen und Probleme bei der Energieversorgung. Zwischen 2007 und 2013 sollen insgesamt 50 Milliarden Euro für die Entwicklung der acht an der Ostsee liegenden EU-Staaten eingesetzt werden. Vor allem Maßnahmen gegen die Meeresverschmutzung durch Abwässer, zur Förderung von Wirtschaft und Handel sowie zum Ausbau der Verkehrsverbindungen sollen unterstützt werden. Zu der Strategie gehört ein Aktionsplan, in dem 80 beispielhafte Projekte aufgeführt sind, die zum Teil bereits angelaufen sind. Zu den Verkehrsprojekten in Deutschland gehört unter anderem der Ausbau der Eisenbahnstrecke zwischen Berlin und Rostock (Gesamtkosten: 315 Mio. Euro) sowie der Ausbau der A14 (Gesamtkosten: 1,4 Mrd. Euro). Die Pressemitteilung findet sich unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/893&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>, die Ostseestrategie unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperation/baltic/pdf/communication/com\\_baltic\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/pdf/communication/com_baltic_de.pdf), der Aktionsplan unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperation/baltic/pdf/communication/action2009.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/pdf/communication/action2009.pdf)

(Ellen Kray)

### **6.2. Neue Konsultation: Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr**

Die EU-Kommission hat eine neue Mitteilung zur Zukunft der europäischen Verkehrspolitik veröffentlicht. Damit will sie ein neues Weißbuch für die Zeit nach 2010 vorbereiten. Alle interessierten Kreise sind aufgefordert, sich an der Diskussion zu beteiligen und Stellungnahmen mit ihren Ansichten zur Zukunft des Verkehrs sowie möglichen politischen Optionen bis zum 30. September 2009 zu senden an [tren-future-of-transport@ec.europa.eu](mailto:tren-future-of-transport@ec.europa.eu) Mehr unter: [http://ec.europa.eu/transport/strategies/2009\\_future\\_of\\_transport\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/strategies/2009_future_of_transport_en.htm)

(Ellen Kray)



### 6.3. Verkehrsministerrat tagten am 11. Juni 2009

Der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie tagte letztmalig unter tschechischem Vorsitz am 11. Juni in Luxemburg. Die Schlussfolgerungen sind nachzulesen unter: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/108411.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/108411.pdf) (Ellen Kray)

### 6.4. Rat erreicht politische Einigung zu Güterverkehrskorridoren

Die Verkehrsminister einigte sich am 11. Juni auf den Vorschlag einer Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr. Darin enthalten sind Vorschläge für spezielle Güterverkehrskorridore mit einem Vorrang für den Güterverkehr. Aus deutscher Sicht war es von besonderer Bedeutung festzuhalten, dass die spezielle Situation im Eisenbahnverkehr in den Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sei. Das Bundesverkehrsministerium und auch die Länder haben sich immer dafür ausgesprochen einen leistungsfähigen, europäischen und grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr zu erleichtern. Man wollte jedoch keinen Konflikt zu Lasten des Personenverkehrs riskieren. Folgende Korridore betreffen auch Deutschland:

1. Zeebrugge- Antwerpen/Rotterdam -Duisburg- Mailand-Genua
2. Stockholm- Malmo- Kopenhagen- Hamburg- Innsbruck- Verona- Palermo
3. Bremerhaven/Rotterdam/Antwerpen-Aachen- Berlin- Warschau- Terespol (Grenze Polen-Belarus)/Kaunas

Das Europäische Parlament hat am 23. April 2009 in erster Lesung über den Vorschlag abgestimmt. Jetzt müssen sich Rat, EP und EU-KOM in weiteren Diskussionen aufeinander zu bewegen, um den Rechtsetzungsprozess abzuschließen. (Ellen Kray)

### 6.5. Rat beschließt Schlussfolgerungen zum TEN- V- Grünbuch

Die Verkehrsminister der 27 Mitgliedstaaten beschlossen am 11. Juni auch Schlussfolgerungen zum Grünbuch zum Transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V). Man bekräftigte das Ziel, dass TEN-V das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt fördern soll sowie sich den Anforderungen des Klimaschutzes und der Wettbewerbsfähigkeit zu stellen habe. Die EU-KOM wurde ersucht, bis Ende 2010 einen Vorschlag für überarbeitete TEN-V- Leitlinien als Grundlage für die weitere Entwicklung und Förderung vorzulegen. Dem Vorschlag soll eine fundierte Abschätzung des Investitionsbedarfs beigefügt werden. Der vollständige Txt findet sich unter: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/108407.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/108407.pdf) (Ellen Kray)

## 7. Energie

### 7.1. Staaten des Ostseeraums einigen sich auf Verbundplan für baltischen Energiemarkt

Die Mitgliedstaaten des Ostseeraums haben am 17. Juni 2009 gemeinsam mit der Kommission eine Absichtserklärung zum Verbundplan für den baltischen Energiemarkt unterzeichnet. Dieser Plan („Baltic Energy Market Interconnection Plan“, BEMIP) zielt darauf ab, Litauen, Lettland und Estland besser an die Energienetze in der EU anzubinden. Der BEMIP ist auch eines der zentralen Projekte der Ostseestrategie, die Anfang dieses Monats veröffentlicht wurde.

Die Pressemitteilung findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/945&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Emilie Gaub)

## **7.2. Kommissionsstudie: Europas Ziel für erneuerbare Energien schafft Arbeitsplätze**

Eine am 1. Juni 2009 erscheinende Studie im Auftrag der Europäischen Kommission prognostiziert die Schaffung von bis zu 2,8 Millionen Arbeitsplätzen, sofern es gelingt, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20% zu erhöhen. Die Studie untersucht, wie sich die Politik zur Förderung erneuerbarer Energien auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in der Europäischen Union auswirken wird. Die Pressemitteilung findet sich unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/861&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
(Ulrike Kieper)

## **7.3. Emissionshandel: Öffentliche Anhörung gestartet**

Berater der Europäischen Kommission haben eine öffentliche Anhörung zur Zukunft der EU-ETS-Vergaberegeln (EU-Emissionshandelssystem) ins Leben gerufen. Die Anhörung läuft noch bis zum 3. August 2009 und ist Teil der Vorbereitung einer Verordnung, welche die Kommission bis zum 30. Juni 2010 verabschieden muss und. Die neue Verordnung soll garantieren, dass die Vergabe von Emissionsrechten zukünftig öffentlich, transparent, und nichtdiskriminierend abläuft. Die Pressemitteilung findet sich unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/874&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>  
(Ulrike Kieper)

## **8. Forschung**

### **8.1. Neue Best- Practise- Beispiele veröffentlicht**

Die Generaldirektion Forschung hat ihre Website mit Beispielen aus der europäischen Forschung für die Jahre 2004 bis 09 aktualisiert. Man findet unter <http://ec.europa.eu/research/index.cfm?lg=en&pg=nationalbrochures&cat=x> Beispiele aus allen EU- Mitgliedstaaten, unter [http://ec.europa.eu/research/regions/index\\_en.cfm?pg=projects&ctry=de](http://ec.europa.eu/research/regions/index_en.cfm?pg=projects&ctry=de) auch aufgeschlüsselt auf die deutschen Regionen. Aus Brandenburg wird das Projekt „RenErgEUReg“ (=Renewable energy resources- a solution for a sustainable development of two European regions) dargestellt, das u. a. vom Centrum für Energietechnologie Brandenburg GmbH (CeBra) und der IBA Fürst-Pückler-Land GmbH zusammen u. a. mit der Handelskammer in Sibiu und der Universität Transilvania in Brasov in der Partnerregion Centru (Rumänien) durchgeführt wurde. Das Projekt wurde mit Mitteln aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm im Umfang von €295,000 gefördert.  
(Ellen Kray)

### **8.2. Neues Portal für Gesundheitsforschung**

Die Europäische Kommission hat ein neues "Health- Portal" auf dem Europa-Server veröffentlicht. Die neuen Webseiten enthalten eine Übersicht über die Forschungsinvestitionen der EU im Bereich der Gesundheitsforschung des 7. Forschungsrahmenprogramms. Weiterhin informiert das Portal über Veranstaltungen, Neuigkeiten sowie gesundheitspolitische Entwicklungen auf EU Ebene, eine e-library enthält relevante Publikationen. Mehr unter: [http://ec.europa.eu/research/health/about-us\\_en.html](http://ec.europa.eu/research/health/about-us_en.html) Die Ausschreibungen und Dokumente zur Antragstellung werden weiter bei CORDIS ([http://cordis.europa.eu/home\\_de.html](http://cordis.europa.eu/home_de.html)) veröffentlicht.  
(Ellen Kray)

### 8.3. KOWI Bundestagung zu EU- Forschungsförderung

Die 21. Bundestagung der Kooperationsstelle der EU für Wissenschaftsorganisationen, kurz KOWI, fand vom 23. bis 25. Juni in Frankfurt/ Main statt. Der Schwerpunkt war die EU-Forschungsförderung mit den Themen:

- Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Forschungsraum
- Internationale Zusammenarbeit in FP7 – Neue Strategien und Instrumente
- Aktuelle Herausforderungen der Vollkostenrechnung & Erste Ergebnisse der Umsetzung
- ERC: Strategien zur erfolgreichen Nutzung der Förderprogramme
- Neue Kooperationsformen: Europäische Perspektiven
- Mobilitätsförderung in Europa: Aktuelle Fragen aus der Praxis

Es nahmen rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und –verbänden sowie aus Landesverwaltungen teil. Die Vorträge sind nachlesbar unter:

[http://www.kowi.de/desktopdefault.aspx/tabid-174/873\\_read-759/](http://www.kowi.de/desktopdefault.aspx/tabid-174/873_read-759/)

(Ellen Kray)

## 9. Sport

### 9.1. EU-Förderung für transnationale Projekte

Die EU-Kommission hat kürzlich eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Maßnahme im Bereich des Sports veröffentlicht. Es stehen rund 4 Mio Euro zur Verfügung, der Kofinanzierungsanteil der EU beträgt maximal 80%. Die externe Kofinanzierung kann teilweise oder vollständig aus Sachleistungen bestehen. Es geht konkret um transnationale Projekte von öffentlichen Einrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Projekte sollen rund um vier Schwerpunkte geeignete Netze und bewährte Verfahren identifizieren und erproben. Die Bereiche sind:

1. Gesundheitsförderung durch körperliche Betätigung,
2. Förderung des Schul- und Vereinssports,
3. Förderung europäischer Grundwerte durch Unterstützung des Behindertensports,
4. Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Sport.

Es müssen Organisationen aus vier (1. und 4.) bzw. neun Mitgliedstaaten (2. und 3.) mitmachen. Die Projekte müssen zwischen dem 1.12.2009 und 31.3.2010 beginnen und spätestens am 31.3.2011 enden. Der Beginn des Förderzeitraums kann auf keinen Fall vor dem Zeitpunkt der Antragstellung liegen.

Mehr unter: [http://ec.europa.eu/sport/preparatory\\_actions/doc745\\_en.htm](http://ec.europa.eu/sport/preparatory_actions/doc745_en.htm) Die Antragsunterlagen liegen auch in deutscher Sprache vor. Die Anträge müssen alle die im Volltext der Aufforderung genannten Bedingungen erfüllen und unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formulars eingereicht werden. Der Stichtag für die Einreichung von Anträgen bei der Europäischen Kommission ist der 31.8.2009.

(Ellen Kray)

## II. Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

### 1.1. Werkstatt-Gespräch zur Zukunft der Regionalpolitik nach 2013

Auf Brüsseler Ebene diskutiert man bereits seit längerem die Zukunft der Kohäsionspolitik (s. Hinweise hierzu u. a. im Monatsbericht 05/09 „Barca-Bericht“). Da das Thema für Deutschland insgesamt und für Brandenburg in Besonderen von großem Interesse ist, hat der Arbeitskreis Regionalpolitik der deutschen Ländervertretungen bei der EU unter Vorsitz von Brandenburg die Initiative zu einem informellen Gedankenaustausch von Länder- und KOM-Vertretern ergriffen. Im Rahmen eines sog. „Werkstatt-Gesprächs“, das von den Ländern Brandenburg, Baden-Württemberg und Bremen gemeinsam organisiert wurde, hatten 75 Teilnehmer aus den deutschen Bundesländern die Möglichkeit, sich zu den von der Generaldirektion Regionalpolitik veröffentlichten Dokumenten auszutauschen. Es waren interessante Gespräche, die für die weitere Diskussion auf regionaler Ebene wichtige Gedankenanstöße gegeben haben.  
(Birgit Urban)



## 1.2. Arbeits- und Informationsbesuch von Abteilungs- und Referatsleitern aus dem Ministerium des Innern in Brüssel

Im Juni besuchten der Leiter der Abteilung I, Herr Wollny, und die Leiterin der Abteilung II, Frau Chop-Sugden, jeweils mit Referatsleitern/innen ihrer Abteilung die Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU. Aus erster Hand konnten sich die Gäste aus Potsdam über Aufgaben und Arbeitsweise der Landesvertretung in Brüssel informieren. Daneben fanden Fachgespräche mit



Referenten aus der Europäischen Kommission und sonstigen europäischen Institutionen zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene statt. Im Fokus der Reise der Abteilung I standen der demographische Wandel, eGovernment und im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie das Binnenmarktinformationssystem IMI. Schwerpunkte der Informationsreise der Abteilung II bildeten Vorträge mit anschließender Diskussion zu den Themen Stärkung der Europafähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Brandenburg, Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), Zensus 2011 und Korruptionsbekämpfung auf europäischer Ebene. Besuche in europäischen Institutionen (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU sowie Ausschuss der Regionen) rundeten das Besuchsprogramm ab.  
(Stefan Pohl)



### 1.3. Innovative Projekte in Brandenburg von der EU-KOM gewürdigt

Die Generaldirektion Regionalpolitik führt derzeit vielfältige Gespräche mit ausgewählten Regionen in Europa, um den Mehrwert der EFRE-Förderung für innovative Maßnahmen zu eruieren. In diesem Zusammenhang wurden Vertreter der deutschen Bundesländer Schleswig-Holstein und Brandenburg zu einer Diskussion nach Brüssel eingeladen. Aus Brandenburg wurde das BIEM-Projekt (Brandenburgisches Programm für E-Business und Medienkonvergenz; <http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/detail.php?id=132224&siteid=110> und [http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/media.php/ibm1.a.1312.de/marke\\_bb.pdf](http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/media.php/ibm1.a.1312.de/marke_bb.pdf)) vorgestellt, das aus EFRE-Mitteln gefördert wurde. Mit diesem Programm wurden neue Wege aufgezeigt, Schwierigkeiten bei der Nutzung neuer Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu überwinden sind und dadurch mittelfristig Struktureffekte erzielt werden können. BIEM hat exemplarisch den Aufbau digitaler Wertschöpfungsketten zwischen kooperierenden Unternehmen und hochwertigen E-Business Lösungen unterstützt.

Bei dem Gespräch mit der Generaldirektion Regionalpolitik, wurde zum einen das Projekt vorgestellt; zum anderen wurde in einem intensiven Gespräch vermittelt, dass die EU-Gelder explizit dazu beigetragen haben, dass KMU den technologiebedingten Strukturwandel gewagt haben. Ohne die Unterstützung der EU wären sie dieses Risiko nicht eingegangen. Umgekehrt gilt aber auch: ohne die neuen Geschäftsprozesse wären ihre Geschäftstätigkeit und die damit verbundenen Umsätze nicht so spürbar gestiegen.



Insgesamt konnte den Vertretern der Europäischen Kommission gut vermittelt werden, dass der Europäische Fonds für Regionalentwicklung durch innovative Maßnahmen in Brandenburg einen wichtigen Beitrag für den Strukturwandel und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU in Brandenburg leisten konnte.

(Birgit Urban)